

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich, ausser an Feiertagen, um 6 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Redaktion 2 Mk., im Monat, bei Zahlung durch die Post 2,20 Mk., bei Postbestellung 2,40 Mk. (Postumschlag).
Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend
Wilsdruff, den 11. November 1925

Wagenpreis: Die halbjährliche Ausgabe 100 Goldmarken, die 4 gelblichen Teile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldmarken, die 2 gelblichen Teile 20 Goldmarken. Nachzahlungsgeld für 20 Goldmarken. Sonstige Ausgaben nach Vereinbarung.
Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6
Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamtis Thorandt, Finanzamt Rosen.

Nr. 262. — 84. Jahrgang. Teleg.-Abt.: „Wilsdruff“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Mittwoch 11. November 1925

Der Ruf nach dem Reichstag.

Von parlamentarischer Seite wird uns geschrieben: In der nächsten Zeit finden unmittelbar hintereinander die Parteitage der Deutschen Nationalen und des Zentrums statt, und zwar vom 15. bis 18. November. Es entspricht parlamentarischen Brauch, daß der Reichstag nicht tagt, wenn derartige große Parteiveranstaltungen stattfinden. Daher hat Löbe, der Reichstagspräsident, der sofort aus Amerika zurückgekehrt ist, bereits mitgeteilt, daß er den Reichstag kaum vor dem 23. November zusammenrufen wird.

Man vermag eigentlich nicht so recht einzusehen, warum ein vorzeitiges Zusammenrufen erfolgen soll. Aber Locarno — also den Drehpunkt unserer Gesamtpolitik — ist alles Notwendige in hunderttausend Artikeln und Neben gefagt worden, und bei dem heutigen Stand der Dinge wäre es für jeden Reichstagsredner unmöglich, auch nur einen einzigen neuen Gedanken zu bringen. Denn eine Entscheidung kann doch erst in allerletzter Stunde fallen, wenn nämlich das Ergebnis vor Locarno wirklich vorliegt, d. h. wir Deutschen einen Überblick und damit die Urteilsmöglichkeit über die „Rückwirkungen“ haben. Da die Verhandlungen darüber doch geheim geführt werden, Rechenschaft darüber erst in allerletzter Stunde abgelegt werden wird, so würde der Reichstag nur das Wiederholen, was vorher gesagt ist.

Im übrigen ist der Hintergrund der gewünschten Reichstagszusammenberufung auch wesentlich gar kein außen-, sondern ein innenpolitischer. Es geht um das Schicksal des Kabinetts. Bekanntlich will die Sozialdemokratie, obwohl sie für Annahme der Entwürfe von Locarno ist, einen etwaigen entsprechenden Vorschlag des Kabinetts über die Annahme ablehnen, wenn die Deutschenationalen einen solchen Antrag ablehnen würden. Damit wäre der Weg zur Großen Koalition (Deutsche Volkspartei, Zentrum, Demokraten, Sozialdemokraten) freigemacht, weil die sogenannten Weimarer Koalition (Zentrum, Demokraten, Sozialdemokraten) im jetzigen Reichstag keine Mehrheit hat. Vielleicht hofft man aber durch die Wahl einer solchen Großen Koalition wieder zu gewinnen. Das wäre der erste Schritt zur Schaffung dieser Koalition auch im Reichsparlament, wenn — ja, wenn man erst wüßte, ob wir den Vertrag von Locarno überhaupt unterschreiben werden. Jedenfalls hält sich insofern auch die Deutsche Volkspartei vorläufig noch zurück, kurz — innenpolitisch befinden wir uns in einem Schwebezustand, der durch ein sofortiges Zusammenrufen des Reichstages auch nicht geändert wird.

Auch die beiden Reichsparteitage werden irgend etwas Neues nicht bringen. Die Deutschenationalen Volkspartei in ihrer überwältigenden Mehrheit steht bei ihrem Entschluß, den Vertrag von Locarno nicht anzunehmen; in scharfer Form hat sie alle gegenteiligen Meinungen demontiert. Hat schon der kleinere Kreis der Parteivorstände den Beschluß der Ablehnung gegen vereinzelte Stimmen gefaßt, so wird die Masse der Parteidelegierten diesen Beschluß wohl um so mehr einhellig annehmen. Damit rechnet man übrigens bei den andern Parteien auch. Ebenso wird der Zentrumsparlament eine ziemlich freie Bahn nach der politischen entgegengekehrten Richtung vorfinden, weil das Zentrum in der Beurteilung des deutsch-nationalen Schrittes, der ja auch unsere Innenpolitik wesentlich beeinflusst hat, von rechts bis links völlig einig ist. Daher wird denn wohl auch der „Fall Birck“ — auch Dr. Birck ist aus Amerika zurückgekehrt — sehr rasch seine Weilegung finden, entsprechend den zahlreichen und häufig auch sehr deutlich geäußerten Wünschen einer Reihe von Provinzialtagungen des Zentrums im Sinne eines Wiederertritts in die Fraktion.

Etwas anderes wäre es freilich, wenn der Reichstag sich mit dem Schicksal der Pressezensuraktion beschäftigen wollte, die anscheinend völlig im Sande zu verlaufen droht. Aber nicht so beschäftigt, daß er darüber nur redet und nochmals redet, die Parteien sich gegenseitig Vorwürfe machen, sondern, daß etwas Feuer dahinter gemacht würde. Eng damit im Zusammenhang steht die Lage der Landwirtschaft, die Handelsvertragsfrage und noch andere wirklich brennende Tagesfragen. Denn diese Fragen bleiben brennend, ob sich Deutschlands Volkswirtschaft für oder gegen Locarno entscheidet.

Eine Rede, Dr. Er... ers.

Dr. Er... ers empfing den Reichstagspräsidenten Löbe, um sich mit ihm über die parlamentarische Lage zu besprechen. Dr. Luther wird mit dem Reichstagspräsidenten über die Einberufung des Reichstages beraten. Reichstagspräsident Löbe wird wahrscheinlich ebenfalls mit dem Reichstagspräsidenten konferieren. Löbe nahm auch die Verbindung mit den Führern der Reichstagsfraktionen auf und dürfte den Ministerrat einberufen, der wahrscheinlich am Mittwoch, den 11. November, zusammentritt.

Rückwirkungen und Räumung

Die rheinische Besetzung.

Berlin, 9. November.
Nach einer Auslassung des offiziellen französischen Bureaus Savas haben die Alliierten in bezug auf das Rheinland Erleichterungen zugesprochen, die eine Änderung des Besetzungregimes sowohl vom militärischen als auch vom zivilrechtlichen Gesichtspunkt aus vorsehen. Die Erleichterungen, die in Frage kommen, haben bereits begonnen; sie erstrecken sich auf das Passivwesen, die Aufenthaltserlaubnis in der zweiten und dritten Zone, das Ausfuhrverbot, von dem gewisse Deutsche bisher betroffen worden sind, die Requisitionen und die Unterbringung der Militär- und Zivilverwaltungsbehörden. Ferner werden Änderungen im Militär-, Zivil- und Justizwesen vorgenommen werden, so z. B. will man eine Verminderung der Befugnisse der Kriegesgerichte zugehen sowie die Übertragung von Urteilen auf die deutschen Zivilgerichte und die Übertragung der örtlichen Verwaltungsfunktionen auf die Gemeindebehörden.

Die von Deutschland erhobenen Forderungen stoßen im allgemeinen nach den von Paris ausgehenden Meldungen auf keine Einwände. Nichtsdestoweniger werden sie unter der Bedingung der Gegenseitigkeit zugesprochen, d. h., daß Deutschland, abgesehen von der Beobachtung der Entwaffnungsklauseln, auch den von den Alliierten geforderten Bedingungen Rechnung tragen muß, besonders, was die Wiederherstellung des Postens des Oberkommissars bei der Rheinlandkommission anbelangt, was übrigens bereits geschehen ist. Deutschland muß ferner die sogenannten Ordnungen des passiven Widerstandes aufheben. Die Frage der militärischen Besetzung wird gegenwärtig studiert. Deutschland möchte gern, daß die Alliierten im besetzten Gebiet nicht mehr Truppen betassen, als Deutschland selbst im Jahre 1914 dort gehabt hat, d. h. ungefähr 40 000 Mann, doch die Alliierten haben diesem Wunsch nicht stattgegeben. Eine Herabsetzung der Besetzungstruppen werde sich ohnehin aus der Aufgabe der ersten Zone ergeben, und man sehe voraus, daß man sich hinsichtlich der zweiten und dritten Zone werde einigen können.

Die deutsche Antwort bevorstehend.

Die Note der Vorkonferenz an Deutschland wird dem Vernehmen nach von der Reichsregierung nicht veröffentlicht werden. Ihr wesentlicher Inhalt ist ja auch bereits bekannt. In Paris rechnet man damit, daß die Antwort der deutschen Regierung auf die Note vom 23. Oktober zwischen dem 15. und 30. November eintreffen müsse, damit die alliierten Regierungen das Datum der Abberufung der Interalliierten Militärkommission in Berlin festlegen könnten. Es wird hervorgehoben, daß die deutsche Note dieses Mal direkt der Vorkonferenz zugehen wird. Die circa 100 französischen, englischen, belgischen und japanischen Kontrollkommissare werden im Verlauf des Dezember Berlin verlassen. Im Dezember soll auch der Völkerbund wegen Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund zusammentreten. Mitte Januar soll die Räumung der Kölner Zone zu Ende geführt sein.

Französische Abrüstungsvorschläge.

Paris, 9. November.
Der Oberste Rat für nationale Verteidigung arbeitete in einer Sitzung Vorschläge für die Sitzung des Abrüstungskomitees des Völkerbundes aus. Das Dokument umfaßt, wie berichtet wird, zwölf Seiten. Es sei vor allem eine Zusammenfassung von Fragen, die nach Ansicht der französischen Regierung geprüft zu werden verdienen. Die Abrüstungen eines Landes, so werde darin ausgeführt, sollten sich nicht nur aus Mannschafsbefänden und aus Kriegs-

material zusammen. Die Kriegsmacht einer Nation werde aus zahlreichen Faktoren gebildet, so u. a. aus Heeresbeständen, Waffenvorräten, Verproviantierungsmöglichkeiten, industriellen Produktionsfähigkeiten, aus der Finanzlage, der geographischen Lage, Aufmarschmöglichkeiten, Möglichkeiten der Waffenfabrikation usw. Abriistung bedeute nicht nur eine Verfürgung der Militärbedienstetung oder eine Herabsetzung der militärischen Ausgaben. Zum Schluß beantrage Frankreich unter Berufung auf Artikel 16 wirtschaftliche und finanzielle Unterstüßungen für die angegriffenen Völker, damit sie auch auf den internationalen Märkten Kredite und Waffeln bekämen, und betone das Prinzip, daß ein Staat zu Wasser und zu Lande über größere Streitkräfte verfügen dürfe, als der Völkerbund gegen ihn aufbringen könne.

Vor der Ankündigung der Änderungen des Rheinlandregimes.

Berlin, 10. November. Die „Vossische Zeitung“ meldet aus London: Der „Daily Telegraph“ kündigt an, daß die Alliierten wahrscheinlich am 11. November anlässlich der Jahresfeier des Waffenstillstandes Gelegenheit nehmen werden, die zwischen London, Brüssel und Paris vereinbarten Änderungen des Rheinlandregimes anzukündigen.

Die schwierige politische Lage in Frankreich.

Berlin, 10. November. Der „Kölnische Anzeiger“ meldet aus Paris: Angesichts der politischen Lage ist der Nationalrat der demokratisch-republikanischen Vereinigung, der stärksten Fraktion der Opposition der Kammer (104 Mitglieder), eilig auf Freitag abend zu einer Sitzung zusammenberufen worden.

Anfdeckung einer Verschwörung gegen das spanische Direktorium.

Berlin, 10. November. Nach einem Telegramm des „Petit Parisien“ aus Van wird die Meldung von einer Verschwörung gegen das Direktorium bestätigt. Es stellt sich heraus, daß zahlreiche Offiziere der Garnison von Madrid verhaftet worden sind, unter anderem der Kommandant Rangada, der Oberleutnant Parbo, Secundo Garcia und ein Kavallerieoffizier. Die Nachricht von der am 3. November in Madrid erfolgten Verhaftung hat in Barcelona große Erregung hervorgerufen. General Lopez Ochoa reiste vor einigen Tagen aus Barcelona ab und wird seitdem vermisst. Es ist möglich, daß er zu den Verhafteten zählt.

Die griechische Regierung kündigt alle provisorischen Handelsabkommen.

Berlin, 10. November. Wie die „Morgenblätter“ melden, hat die griechische Regierung durch eine Airtelnote alle von ihr abgeschlossenen provisorischen Handelsabkommen am 7. November d. J. gekündigt. Das deutsche Abkommen läuft, da eine dreimonatige Kündigungsfrist vorgelesen war, somit am 7. Februar n. J. ab.

Ninitschitsch über den bulgarisch-griechischen Zwischenfall.

Paris, 10. November. Der jugoslawische Außenminister Ninitschitsch gab gestern in der Stupschina Erklärungen über den griechisch-bulgarischen Konflikt ab. Er kritisierte die Haltung Griechenlands, warf aber auch Bulgarien die Duldung der Komitasskämpfern vor, die beständige Unruhen hervorriefen. Ein Abgeordneter betonte die Solidarität Serbiens mit Bulgarien und beschuldigte Griechenland, die bulgarische Bevölkerung aus Mazedonien und Thrazien systematisch vertrieben zu haben, um seinen eigenen Staatsangehörigen aus Kleinasien Platz zu machen.

Reichskanzler Dr. Luther hat eine Einladung zur Tagung des Vereins der Berliner Kaufleute und Industriellen auf Mittwoch angenommen. Bei dem Bankett, das am Mittwoch Abend stattfindet, wird der Reichskanzler eine politische Rede, vornehmlich über den Vertrag von Locarno, halten.

Die Not des deutschen Ostens.

Ostmarkentagung der Deutschenationalen Volkspartei.
Die Deutschenationalen Volkspartei veranstaltet in Schneidemühl eine Ostmarkentagung, die durch Regierungsrat Krause-Schneidemühl eröffnet wurde. Den Reden der Anwesenden begann Regierungsrat Krause-Schneidemühl, der etwa folgendes aussprach: Wir haben uns danach geseht, daß man sich endlich einmal mit Ostfragen beschäftigt. Es lastet auf uns ein schweres Schicksal. Die Landwirtschaft ist erledigt, wenn nicht in letzter Minute ein Wunder geschieht und die erforderlichen Maßnahmen getroffen werden, die Katastrophe abzuwenden.“ Reichstags-

abgeordneter Schuy-Promberg dankte für den freundlichen Willkommengruß und führte etwa aus: „Schneidemühl das früher mitten im deutschen Vaterlande lag, ist heute Grenzort. Die Ostmarkentagung an der Grenze wird für einen, der seine Heimat verloren hat, schwerste Aufreißung aller Wunden sein. Im Leben des Alttag dürfen wir nicht die Gräber der Lieben vergessen, die in fremder Erde ruhen. Diese Gräber zu schämen und zu pflegen sind wir hierher gekommen. Dem deutschen Vaterlande muß es mehr zum Bewußtsein kommen, was der Osten gelitten hat und uns geworden ist. Eines ist für alle Zukunft wahr, der Weg von Königsberg nach Breslau muß frei werden. Diese Hoffnung geben wir nicht auf.“ Reichstagsabgeordneter Värde-Epicherhof führte u. a. aus: Durch polnisches Gebiet müsse man heute fahren, wenn man zum deutschen Vaterlande wolle. Immer wieder müsse man die Feststellung machen, daß die ehemaligen deutschen Gebiete langsam zugrunde gingen. Der so verderbliche Korridor müsse verschwinden.

Dr. Haslingers-Kolberg vom Ostmarkenverein führte u. a. aus: Auch Pommern ist Grenzland, kennt und weiß seine Stellung in Verbindung mit Polen-Besprechungen und erwartet, daß die Mittel erariffen werden, das Vordringen zu